



# **Niederschrift**

**über die Sitzung**

**des Ortsbeirates Mainz-Neustadt**

**am 22.03.2017**

## Anwesend

### - Vorsitz

Klomann, MdL, Johannes

### - Ortsbeiratsmitglieder

Ahlers, Cornel  
Aubel, Siegfried  
Becker, Astrid  
Lange, Karsten  
Lange, Thorsten  
Leussler, Peter  
Neef, Marco  
Rohe, Torsten  
Rösch, Matthias

### - Schriftführung

Zwilling, Katrin

## Entschuldigt fehlen

### - Ortsbeiratsmitglieder

Ahrens, Helga  
Canpolat, Nurhayat  
Eder, Christof  
Milke, Manfred

# Tagessordnung

## a) öffentlich

### Anträge

1. Frauenlobplatz (SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
2. Konzept zur verbesserten Vermietung privater KFZ-Stellplätze (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
3. Chance nutzen - mehr Lebensqualität in der Boppstraße (SPD, BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN)
5. Boppstraße: Anwohnerbefragung (CDU)
4. Tischtennisplatte (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
6. Mombacher Hochbrücke (CDU)

### Anfragen

7. Ersatz für Bäume in der Kurfürstenstraße (DIE LINKE.)
8. Frauenlobgymnasium (CDU)
9. Sicherheitslage Hauptbahnhof am Rosenmontag (CDU)
10. Feldbergstraße / Grüne Brücke (CDU)
11. Entwicklung Grundschülerzahlen (CDU)
12. Historischer Hafenzaun (CDU)
13. Kaisertor: MVGmeinRad-Station / Denkmalschutz (CDU)
14. Frauenlobplatz: Schlamm (CDU)
15. Sporthalle Feldbergschule (CDU)

### Anfrage aus vorherigen Sitzungen

16. Flexible Poller (SPD)
17. Sachstandsberichte
  - 17.1. Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1335/2016 DIE LINKE-Ortsbeiratsfraktion Mainz-Neustadt
  - 17.2. Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1348/2016 der CDU
  - 17.3. Sachstandsbericht zu Antrag 148/2017, SPD, Ortsbeirat Mainz-Neustadt
  - 17.4. Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1571/2016 CDU-Ortsbeiratsfraktion Mainz-Neustadt

- 17.5. Sachstandsbericht zu Antrag 0141/2017 Bündnis 90/Die Grünen Ortsbeirat Mainz-Neustadt
18. Städtebaulicher Rahmenplan "Südliche Neustadt – Bereich Boppstraße/ Hauptbahnhof"
19. Mitteilungen und Verschiedenes
  - 19.1. Bauleitplanung-Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung des Ortsbeirates gemäß § 75 GemO sowie landesplanerische Stellungnahme der oberen Landesbehörde
20. Stadtteilmittel
21. Einwohnerfragestunde

**b) nicht öffentlich**

22. Bau- und Grundstücksangelegenheiten

**Anfragen aus vorheriger Sitzung**

23. Anfrage BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
24. Anfrage SPD
25. Mitteilungen und Verschiedenes

Der Vorsitzende eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Hinsichtlich der Tagesordnung beschließt man mit der erforderlichen Mehrheit, den TOP 5 direkt nach TOP 3 zu behandeln.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

## öffentlich

### Anträge

**Punkt 1**                    **Frauenlobplatz (SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)**  
**Vorlage: 0383/2017**

Herr Ahlers begründet den gemeinsamen Antrag gemäß der Vorlage.

Herr Klomann führt an, dass er davon ausgeht, dass sich die Anfrage unter TOP 14 hiermit erledigt hat, da der Sachstandsbericht gleichzeitig die Antwort auf die Anfrage liefern wird.

Der Antrag wird einstimmig beschlossen (9; 0; 0; 0).

**Punkt 2**                    **Konzept zur verbesserten Vermietung privater KFZ-Stellplätze**  
**(SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Vorlage: 0384/2017**

Frau Becker begründet den gemeinsamen Antrag damit, dass man sich eine bessere Auslastung der vorhandenen Stellplätze erwartet. Die Wohnbau betreibe wohl bereits solch eine Stellplatzbörse, welche lediglich entsprechend ausgebaut werden müsste.

Der Antrag wurde ohne weitere Aussprache mehrheitlich beschlossen (8; 1; 0; 0)

**Punkt 3**                    **Chance nutzen - mehr Lebensqualität in der Boppstraße (SPD, BÜNDNIS**  
**90/DIE GRÜNEN)**  
**Vorlage: 0385/2017**

Der gemeinsame Antrag wird von Herrn T. Lange begründet. Er führt hierzu weiterhin aus, dass der Antrag nicht als Vorwegnahme gedacht ist, sondern noch einmal bekräftigen soll, was in den bisherigen Veranstaltungen geäußert wurde.

Er bekräftigt noch einmal, dass man sich gegen eine Einbahnstraßenregelung ausspricht. Die Autos fahren im Moment weniger als 30km/h aufgrund der Enge in der Straße. Sollte diese zu einer Einbahnstraße umgerüstet werden, verleitet dies die Autos zum Rasen. Weiterhin dürfe man die Schulwegesicherheit nicht außer Acht lassen, da viele Kinder den Übergang am Bonifaziusplatz nutzen, um zu den einzelnen Schulen in der Neustadt zu gelangen.

***Herr Rösch nimmt ab 18.20 Uhr an der Sitzung teil.***

Herr K. Lange ist der Auffassung, dass die Schulwegesicherheit kein Problem darstelle. Diese wurde bisher weder von der Verwaltung noch von den Anwohnern thematisiert.

Vielmehr bedauert er es, dass an der bereits stattgefundenen Bürgerbeteiligung zum Thema Boppstraße sehr wenige Bürger teilgenommen haben, welche direkt betroffen sind.

Die meisten Bürger kamen aus der umliegenden Neustadt. Er bittet die Verwaltung, in Zukunft diese Veranstaltungen besser bekannt zu machen oder auch mehr dafür zu werben. Er informiert darüber, dass alle von ihm angesprochenen Anlieger der Boppstraße die Einbahnstraßenregelung bevorzugen. Es wurde bisher keine verkehrstechnische Untersuchung durchgeführt, ob eine Einbahnstraßenregelung nicht doch möglich und sinnvoll wäre. Im Rahmen der Aussprache spricht er sich für das Shared Space aus. Bei dem jetzigen Konzept der Stadt werden die Fahrspuren jedoch noch breiter durch den neuen Fahrradweg. Der Gehweg wird hierdurch um einen halben Meter verkleinert. Die breitere Straße verleitet aus seiner Sicht zum schnellen Fahren. Außerdem verschweige die Verwaltung weiterhin, dass der Parkplatz in der Aspelstraße nicht mehr geplant wird und dass durch den Umbau eine Dezimierung der Parkplatzzahlen stattfinden werde.

Frau Becker ist der Auffassung, dass die Umgestaltung der Boppstraße ein Meilenstein zur Verbesserung darstellt. Der in Absatz 4 gemachte Vorschlag, den Umbau in Teilabschnitte aufzuteilen, soll lediglich als Prüfauftrag gesehen werden. Bzgl. der Bürgerbeteiligung sieht sie die Boppstraße als eine Straße mit hoher Bedeutung für die Neustadt. Sie findet es von daher normal, dass nicht nur die betroffenen Anlieger an der Bürgerbeteiligung teilnehmen. Die Bürgerbeteiligung stellt ein Instrument im Planungsverfahren dar. Sie ist jedoch nicht umsetzbar in Form einer Basisdemokratie. Die Bürgerbeteiligung kann keine Planungsverfahren ersetzen.

Herr Rösch vertritt die Auffassung, dass man den Fokus nicht so stark auf die Autos richten sollte. Das Augenmerk sollte mehr darauf liegen, den ÖPNV, das Carsharing oder die Radstationen auszubauen. Eine Einbahnstraße ist in der Länge nicht mehr umsetzbar. Die Autos können zudem nicht über den Bonifaziusplatz umgeleitet werden, da dieser stark von Schülern frequentiert wird und deren Sicherheit dann nicht mehr gegeben wäre. Für das von Herrn K. Lange angesprochene Shared Space ist seine Partei jederzeit offen.

Herr Neef führt in diesem Zusammenhang nochmal an, dass das Shared Space in anderen Ländern bereits erfolgreich umgesetzt wird. Bei diesem Prinzip befinden sich alle Verkehrsteilnehmer auf der Straße. Er erachtet es im Moment jedoch nicht für sinnvoll, dies direkt in vollem Umfang in der Boppstraße umzusetzen. Die Radfahrer wieder auf die Straße zu holen hält er hingegen für einen ersten Schritt in die richtige Richtung. Er vertritt die Auffassung, dass das jetzige Konzept mehr Lebensqualität in die Boppstraße bringt.

Herr Aibel hingegen wüsste gerne, wo die Autos, welche durch die Boppstraße fahren, herkommen und wo sie hinwollen. Kann dieser Verkehrsstrom nicht ggfs. umgeleitet werden? Seiner Auffassung nach holt man mit dem vorgelegten Antrag noch mehr Verkehr in die Neustadt.

Herr Ahlers möchte für die nächste Bürgerbeteiligung mehr Werbung machen, um einen breiteren Personenkreis zu erreichen.

Herr Klomann hebt die Schulwegesicherheit noch einmal hervor. Er erachtet es auch nicht als erwiesen, dass die Einbahnstraße von vielen favorisiert wird. Er sieht dies eher gegenteilig. Der Ortsvorsteher spricht sich für den Erhalt der Parkplätze am Bonifaziusplatz aus, da diese für die Kirchbesucher dringend benötigt werden. Des Weiteren muss bei einer Einbahnstraßenregelung die Polizei vorab mit einbezogen werden. In einem Gespräch zwischen ihm und der Polizei wurde deutlich, dass diese eine Einbahnstraßenregelung für nicht sinnvoll erachtet. Der Verkehr suche sich immer seine eigenen Wege, auch wenn es planerisch anders vorgesehen sei. Der meiste Verkehr würde sich dann in den Bereich Bonifaziusplatz bis Hindenburgstraße verlagern.

Weiterhin erhöht sich in einer Einbahnstraße laut Auskunft der Polizei die Geschwindigkeit. Dies kann nicht im Sinne aller sein. Es muss ebenso beachtet werden, ob die Ausweichstrecken überhaupt geeignet sind. Man darf hierbei den Schwerlastverkehr durch die Zulieferer nicht außer Betracht lassen.

Nach dieser ausführlichen Aussprache wird dem Hauptantrag grundsätzlich zugestimmt (7; 3; 0; 0).

Herr K. Lange, macht hierzu folgende Änderungsvorschläge, über die einzeln wie folgt abgestimmt wird:

*Herr Aubel beteiligt sich nicht an der Abstimmung.*

1. **Im 2. Abs. S. 2: Er unterstützt die Absicht (statt Pläne) der Stadtverwaltung, ... (7; 2; 3; 0)**
2. Der 4. Absatz soll komplett gestrichen werden (2; 7; 0; 0).
3. Im 5. Absatz soll möglichst geringe Einbußen bei den Parkplätzen durch „Erhalt der Anzahl der Parkplätze“ ersetzt werden. (2; 7; 0; 0)
4. Beibehaltung des Gegenverkehrs soll komplett entfallen (2; 7; 0; 0).

**Punkt 5                    Boppstraße: Anwohnerbefragung (CDU)  
Vorlage: 0412/2017**

Herr K. Lange begründet den Antrag für die CDU.  
Aus Sicht der CDU ist die normale Bürgerbeteiligung nicht ausreichend, man müsse ein Verfahren finden, die Bürger mehr einzubinden. Man möchte keine Bürgerbefragung mit rechtlich verbindlichem Charakter schaffen, sie soll lediglich dazu dienen, mehr Bürger zu erreichen, um ein breiteres Meinungsbild zu erhalten.

Des Weiteren wurde noch nie darüber informiert, ob die zur Verfügung stehenden Mittel ausreichend sind oder ob ein Teil der Kosten von den Anliegern getragen werden müssen.

Herr Klomann bekräftigt noch einmal, dass es sich hierbei um Mittel der Sozialen Stadt, dem Land und der Kommune handelt. Die Verfahrensweise ist in dieser Art und Weise üblich und wurde bereits des Öfteren so durchgeführt. Er betont, dass sich jeder eine hohe Bürgerbeteiligung wünscht.

Er macht den Vorschlag, dass SPD und CDU gemeinsam ihre Plakatständer zur Verfügung stellen, um für die nächste Bürgerveranstaltung Werbung zu machen.

Nach ausführlicher Aussprache wird der Antrag mehrheitlich abgelehnt (2; 8; 0; 0)

**Punkt 4**                    **Tischtennisplatte (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
**Vorlage: 0386/2017**

Herr Ahlers begründet den gemeinsamen Antrag.  
Das Leben findet zunehmend auf öffentlichen Plätzen statt. Man kann hier eine hohe Auslastung der vorhandenen Tischtennisplatten beobachten.

Deshalb die Frage, ob eine nicht genutzte Platte umgesetzt werden kann oder, wenn dies nicht möglich ist, eine neue angeschafft werden kann.

In diesem Zusammenhang wüsste der Ortsbeirat gerne, in welcher Höhe Kosten anfallen, um eine geeignete Tischtennisplatte zu erwerben und zu montieren.

Der Antrag wird mehrheitlich beschlossen (8; 2; 0; 0).

**Punkt 6**                    **Mombacher Hochbrücke (CDU)**  
**Vorlage: 0413/2017**

Herr Rohe begründet den Antrag der CDU damit, dass die vorhandene Hochbrücke in einem desolaten Zustand ist und der Verkehr in der Stadt immer weiter zunimmt. Man müsse vor Abriss oder Stilllegung der Brücke mit den Planungen beginnen, um den Verkehr entsprechend anders steuern zu können. Durch den Bau der Brücke werde der Verkehr an anderer Stelle weggenommen und dadurch andere Gebiete entschlackt.

Herr Klomann schildert drei möglich Varianten: Abriss, Beibehalten oder Neubau der Brücke. Wobei der Neubau sehr kostenintensiv ist. Andere Alternativen wären die Einbahnstraße in der Hartenbergstraße aufzuheben und das Gleisbett als befahrbare Fahrbahn aufzurüsten.

Herr Rösch vertritt die Auffassung, dass man mit mehr Straßen auch mehr Verkehr verursacht. Man wird mit einer Brücke keinen Verkehr vermeiden.

Der Antrag wird nach der Aussprache mehrheitlich abgelehnt (2; 8; 0; 0).

**Anfragen**

**Punkt 7**                    **Ersatz für Bäume in der Kurfürstenstraße (DIE LINKE.)**  
**Vorlage: 0387/2017**

Der Ortsbeirat nimmt die Antwort der Frau Beigeordneten Eder vom 17.03.2017 zur Kenntnis.

**Punkt 8**            **Frauenlobgymnasium (CDU)**  
**Vorlage: 0403/2017**

Der Ortsvorsteher verliest folgende Anmeldezahlen für die letzten Schuljahre:

Schuljahr 2017/2018: 133 Kinder (davon 103 aus Rheinland-Pfalz)  
Schuljahr 2016/2017: 125 Kinder (davon 85 aus Rheinland-Pfalz)  
Schuljahr 2015/2016: 147 Kinder (davon 95 aus Rheinland-Pfalz)  
Schuljahr 2014/2015: 110 Kinder (davon 68 aus Rheinland-Pfalz).

Der Ortsbeirat nimmt diese zur Kenntnis.

**Punkt 9**            **Sicherheitslage Hauptbahnhof am Rosenmontag (CDU)**  
**Vorlage: 0404/2017**

Dem Ortsvorsteher lag bis zur Sitzung noch keine Antwort der Polizei vor.

**Punkt 10**          **Feldbergstraße / Grüne Brücke (CDU)**  
**Vorlage: 0405/2017**

Der Ortsbeirat nimmt die Antwort des Herrn Beigeordneten Merkator vom 17.03.2017 zur Kenntnis.

**Punkt 11**          **Entwicklung Grundschülerzahlen (CDU)**  
**Vorlage: 0406/2017**

Der Ortsbeirat nimmt die Antwort des Herrn Beigeordneten Merkator vom 21.03.2017 zur Kenntnis.

Herr K. Lange stellt hierzu folgende Zusatzfrage:

Sind die in der Antwort erwähnten Maßnahmen ausreichend, um den steigenden Bedarf an Räumlichkeiten zu decken?

**Punkt 12**          **Historischer Hafenzaun (CDU)**  
**Vorlage: 0407/2017**

Der Ortsvorsteher beantwortet die Anfrage wie folgt:

Der historische Zaun zwischen Kunsthalle und Nahestraße ist saniert und bleibt so wie er ist in voller Länge erhalten. Höhe Mainstraße dient in Zukunft das historische Rolltor als Öffnung für Fußgänger und Radfahrer.

Entlang der Rheinallee zwischen Nahestraße und Kaiser-Karl-Ring wird zukünftig kein Zaun stehen.

Der Ortsbeirat nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**Punkt 13**            **Kaisertor: MVGmeinRad-Station / Denkmalschutz (CDU)**  
**Vorlage: 0408/2017**

Eine Antwort auf die Anfrage lag zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht vor.

**Punkt 14**            **Frauenlobplatz: Schlamm (CDU)**  
**Vorlage: 0410/2017**

Die Anfrage wurde von Seiten des Ortsvorstehers noch nicht in die Verwaltung gegeben, da man davon ausgeht, dass sie sich mit dem einstimmig beschlossenen Antrag unter Punkt 1 erübrigt hat.

**Punkt 15**            **Sporthalle Feldbergschule (CDU)**  
**Vorlage: 0411/2017**

Der Ortsvorsteher verliest die Stellungnahme des Dezernates IV zu diesem Thema.

1. Welche Maßnahmen hat die Verwaltung ergriffen, um die bisherigen Nutzungen andernorts fortführen zu können?

Die Verwaltung steht derzeit in direktem Kontakt mit der Schulleitung, um das Sportangebot in geeigneter Form sicher zu stellen.

2. Muss deshalb das Sportunterrichtsangebot eingeschränkt werden?

Eine Aussage zur Einschränkung des Sportunterrichts kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht getroffen werden.

3. Welche anderen Nutzungen als Sportunterricht gab es bisher in der Halle und wo werden diese nun durchgeführt?

In der Zeit von 16.00 Uhr bis 22.00 Uhr wird die Sporthalle durch Betriebssportmannschaften und Mainzer Sportvereine genutzt. Die Verlagerung erfolgt durch das Sportamt.

4. Wird die neue Halle die gleichen Kapazitäten für den Schulsport bieten können wie die alte?

Ja.

Der Ortsbeirat nimmt die Antwort zur Kenntnis.

## Anfrage aus vorherigen Sitzungen

**Punkt 16**      **Flexible Poller (SPD)**  
**Vorlage: 0155/2017**

Der Ortsbeirat nimmt die Antwort der Frau Beigeordneten Eder vom 08.03.2017 zur Kenntnis.

**Punkt 17**      **Sachstandsberichte**

**Punkt 17.1**      **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1335/2016 DIE LINKE-Ortsbeiratsfraktion**  
**Mainz-Neustadt;**  
**hier: Errichtung von Pollern zwischen der "Caponniere" und der**  
**Treppe zum Rhein**  
**Vorlage: 0219/2017**

Der Ortsbeirat Mainz-Neustadt nimmt den Sachstandsbericht mit Stellungnahme zur Kenntnis.

Herr Aubel trägt vor, dass es in seinem gestellten Antrag nicht um den Wegfall der Parkplätze ging, sondern darum, den Bereich zwischen der Treppe am Rhein und der Caponniere rechts und links abzapollern, um diesen vor dem Verkehr zu schützen.

Herr K. Lange betont in diesem Zusammenhang noch einmal, dass man mehr Parkflächen benötigt und nicht immer mehr wegfallen dürfen.

**Punkt 17.2**      **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1348/2016 der CDU;**  
**hier: Mehr Sauberkeit am Goetheplatz**  
**Vorlage: 0292/2017**

Der Ortsbeirat nimmt den Sachstandsbericht des Herrn Beigeordneten Sitte vom 07.03.2017 zur Kenntnis.

**Punkt 17.3**      **Sachstandsbericht zu Antrag 148/2017, SPD, Ortsbeirat Mainz-Neustadt**  
**hier: Sömmerringplatz**  
**Vorlage: 0310/2017**

Der Ortsbeirat nimmt den Sachstandsbericht der Frau Beigeordneten Eder vom 07.03.2017 zur Kenntnis.

**Punkt 17.4**      **Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1571/2016 CDU-Ortsbeiratsfraktion Mainz-Neustadt;**  
**hier: Verkehrsspiegel für Ecke Wallaustraße/Goethestraße**  
**Vorlage: 0326/2017**

Der Ortsbeirat nimmt den Sachstandsbericht der Frau Beigeordneten Eder vom 09.03.2017 zur Kenntnis.

**Punkt 17.5**      **Sachstandsbericht zu Antrag 0141/2017 Bündnis 90/Die Grünen Ortsbeirat Mainz-Neustadt**  
**hier: Zweite Stelle Quartiersmanagement schnell besetzen**  
**Vorlage: 0379/2017**

Der Ortsbeirat nimmt den Sachstandsbericht des Herrn Beigeordneten Merkator vom 07.03.2017 zur Kenntnis.

**Punkt 18**      **Städtebaulicher Rahmenplan "Südliche Neustadt – Bereich Boppstraße/ Hauptbahnhof"**  
**Hier: Beschlussfassung**  
**Vorlage: 0273/2017**

Der Ortsbeirat empfiehlt mehrheitlich den städtebaulichen Rahmenplan "Südliche Neustadt-Bereich Boppstraße/Hauptbahnhof (7; 3; 0; 0).

Von Seiten der CDU wird beanstandet, dass man mit dem Rahmenplan nicht wartet, bis das Verfahren „Bürgerbeteiligung Boppstraße“ abgeschlossen ist.

**Punkt 19**      **Mitteilungen und Verschiedenes**

**Punkt 19.1**      **Bauleitplanung-Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB, Beteiligung des Ortsbeirates gemäß § 75 GemO sowie landesplanerische Stellungnahme der oberen Landesbehörde**

Der Vorsitzende lässt die Unterlagen den Ortsbeiratsmitgliedern noch einmal zukommen; verweist jedoch auch auf die Einwände, die bereits in der letzten Sitzung zu diesem Thema vorgebracht wurden. Diese werden dem zuständigen Mitarbeiter noch einmal zugeleitet.

**Punkt 20      Stadtteilmittel**

Der Vorsitzende berichtet den Anwesenden, dass man bereits zwei Anträge zur Vergabe von Stadtteilmitteln vorliegen hat. Es handelt sich hierbei um einen Antrag der Mainzer Husarengarde und einen vom Bildungsnetzwerk Mainz e.V. Bevor man jedoch darüber entscheidet, hat man sich dazu entschlossen, im „Neustadtanzeiger“ die Vereine und Institutionen darauf hinzuweisen, dass es die Möglichkeit gibt, einen solchen Antrag zu stellen. Nach der Sommerpause möchte man dann darüber entscheiden, wie die Gelder verteilt werden.

**Punkt 21      Einwohnerfragestunde**

Von Seiten der Anwohner/innen werden keine Fragen gestellt.

**Ende der Sitzung: 19:50 Uhr**

gez. Johannes Klomann, MdL  
.....  
**Vorsitz**

gez. Katrin Zwilling  
.....  
**Schriftführung**